Wintersession 2023 des Nationalrats

www.martinamunz.ch

Eine schwierige Legislatur liegt vor uns. Der Rechtsrutsch im Nationalrat hat die Mehrheitsverhältnisse nochmals deutlich verschoben und die starke Bauernlobby hat ihre Macht weiter ausgebaut. Das bekamen wir in der Wintersession schon deutlich zu spüren. Umso grösser ist die Freude mit Simon Stocker, einem Gleichgesinnten aus Schaffhausen nach Bern zu fahren und politische Strategien zu teilen. Beide sind wir Mitglied der jeweiligen Umwelt- und Energiekommission. Mit einer guten Zusammenarbeit können wir so einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten.

Beat Jans: «Meine oberste Chefin ist die Bevölkerung»

Für die Bundesratswahlen wurde das Bundeshaus fast auf den Kopf gestellt. SRF-Sattelschlepper versperrten den Zugang zum Bundeshaus. Arbeitstische und Drucker wurden aus der Wandelhalle entfernt und alles zu Fernsehstudios umgebaut. Für die SP war die Anspannung gross. In einem sechsstündigen Auswahlverfahren hat sich die Fraktion für das Zweierticket Jon Pult und Beat Jans entschieden, zwei hervorragende Kandidaten, die wir nicht für Spielchen opfern wollten. Die Grünen stellten uns aber mit ihrem Kandidaten Gerhard Andrey vor eine schwierige Ausgangslage. Sollten wir ihn unterstützen? Auch wenn Bundesrat Cassis als Aussenminister eine schwache Leistung bringt, ein grüner Bundesrat ist mit diesen Mehrheitsverhältnissen eine Illusion. Die Zauberformel ist nicht so einfach zu knacken. Die Konkordanzdemokratie ist anspruchsvoll und mehr als eine arithmetische Rechnung. Dennoch schrieben 70 Personen, also mehr als ein Viertel des Parlaments, Jositsch auf den Wahlzettel. Leider blieb Jositsch stumm, trotz Versprechen an den Hearings, die Wahl nicht anzunehmen. Er hat sich dabei in der Partei viel Goodwill verspielt. Beat Jans war schlussendlich der glückliche Sieger. Am Weihnachtsapéro haben wir ihn dann gefeiert, Abschied genommen von Alain und mit Elisabeth kämpferisch in die Zukunft geschaut. Ein emotionaler Moment in der SP-Bundeshausfraktion.

Biodiversität: Bauernverband gegen IP- und Biolandwirtschaft

Zum Auftakt der Legislatur demonstriert der Bauernverband seine Macht. Die 3,5% Ackerfläche zur Förderung der Artenvielfalt, ist die wichtigste Biodiversitätsmassnahme der letzten Legislatur. Dies Massnahme wurde als Versprechen bei den Pestizid- und Trinkwasserabstimmungen abgegeben und im Rat viermal bekräftigt. Wegen Corona wurde sie um ein Jahr verschoben. Jetzt sollte sie aufs 2024 eingeführt werden. Doch eine Motion beantragte kurzfristig die Umsetzung erneut zu verschieben. So spät im Jahr haben aber die meisten Betriebe bereits gesät oder verbindlich geplant. Grosse Bauernorganisationen wie Bio-Suisse und IP-Suisse wollten deshalb die Regeln nicht bei laufendem Spiel ändern. Trotzdem hat sich der Bauernverband durchgesetzt. Die Verschiebung um ein weiteres Jahr fand eine Mehrheit. Ein Schelm, wer vermutet, dass das gewonnene Jahr genutzt wird, um die Massnahme endgültig abzuschaffen.

Budget in Schieflage: gespart wird bei Asylsuchenden und den Ärmsten

Wegen der massiven Aufstockung des Armeebudgets, kann die Schuldenbremse nicht eingehalten werden. Der Bundesrat kürzte deshalb alle ungebundenen Ausgaben um 2%. Doch die bürgerliche Mehrheit hat alle Kürzungen der Landwirtschaft wieder rückgängig gemacht, auch die Absatzförderung des Weins wird weiter subventioniert. Gespart wird im Asylbereich und bei der internationalen Zusammenarbeit. Auch in den Bahninfrastrukturfonds wird weniger einbezahlt. Die SP lehnte das Budget ab. Einsparungen bei der Regionentwicklung und der Sozialhilfe für Asylsuchende können wir nicht mittragen. Unter grossem Einsatz konnten wir den bereits vom Parlament beschlossenen Anstieg der Armeeausgaben bis 2035 staffeln und eine absurde Kürzung bei der humanitären Hilfe für die notleidende Zivilbevölkerung in Gaza verhindern. Wir fordern auch eine neue Ausrichtung der Schuldenbremse. Heute können Milliardenüberschüsse der Vorjahre nicht für Zukunftsinvestitionen verwendet, dies führt zu einem Investitionsstopp. Damit fehlen Investitionen in die Zukunft für gute Renten, bezahlbare Prämien und die Umsetzung der Energiewende. Es gibt doch noch ein Lichtblick: auf die Kürzung der Präventionskampagne gegen Gewalt an Frauen wird verzichtet.

Nach 14 Jahren muss die Gesundheitsreform gelingen

EFAS ist die einheitliche Finanzierung der ambulanten und stationären Versorgung. Vor vier Jahren haben wir die Vorlage abgelehnt. Sie hätte zu viel Macht den Privatspitälern und Krankenkassen gegeben. Im heutigen System gibt es viele Fehlanreize. Für Krankenkassen sind teure Spitalbehandlungen attraktiver als ambulante Behandlungen, weil der Kanton sich mehr an den Kosten beteiligt. Damit ist Schluss. Neu werden alle Gesundheitsleistungen aus einer Hand finanziert, von der ambulanten Behandlung bis zur Langzeitpflege. Kurzfristig sind keine Einsparungen zu erwarten, doch die Beibehaltung des Status Quo ist am teuersten. Durch die Steuerung der Versorgung aus einer Gesamtsicht, werden Ressourcen zur Umsetzung der Pflegeinitiative frei. Zudem erhalten die Kantone mehr Mitspracherecht. Für einmal sind wir nicht mit den Gewerkschaften einig, die bereits das Referendum vorbereiten. Sie kritisieren, dass die Krankenkassen zur Kontrollinstanz über alle Gesundheitsleistungen werden. EFAS kann nicht alle Probleme im Gesundheitsbereich lösen, aber es ist ein wichtiger Schritt zur Kosteneffizienz.

Beschleunigungsvorlage: Angriff aufs Verbandbeschwerderecht

Heute kann es mehr als 20 Jahre dauern bis grosse Windkraftanlagen gebaut werden können. Mit der Beschleunigungsvorlage werden die Verfahren gebündelt, ohne die Volksrechte einzuschränken. Drei Killer gefährdeten die Beschleunigungsvorlage: die Abschaffung des AKW-Neubauverbots, die Teilabschaffung des Verbandbeschwerderechts und das Vetorecht der Gemeinden bei Windanlagen. Alle drei konnten abgewendet werden. Die SVP wollte konsequent die Windenergie aus der Vorlage streichen und behauptet technologieoffen zu sein, was gleichbedeutend ist mit AKW-Neubau. Sie beantragte das Streichen des AKW-Neubauverbots und wurde von der FDP unterstützt. Noch vor einem halben Jahr lehnte diese den gleichen Antrag ab. Der Wind hat deutlich gedreht! Die FDP nutzte auch die Vorlage, um das Verbandsbeschwerderecht anzugreifen. Sie wirft den Umweltverbänden vor die Energiewende zu blockieren. Das entspricht aber nicht der Realität. In den letzten zehn Jahren wurden 750 Wasser-, Wind- oder Biomasseprojekte gebaut, gegen die weniger als sechs Beschwerden pro Jahr eingereicht wurden. Der Angriff konnte mit nur vier Stimmen Unterschied abgewendet werden! Hoffentlich wird der Ständerat diesen Entscheidungen mittragen und damit der Beschleunigungsvorlage eine Chance geben.

Landschaftsinitiative: ohne Abstimmung wirkungsvoll

Das Raumplanungsgesetz RPG2 war in der Sackgasse als die Landschaftsinitiative eingereicht wurde. Diese nahm das wichtigste Ziel auf, die Zersiedlung zu stoppen. Ausserhalb des Baugebietes soll die Gebäudezahl stabilisiert werden. Jedes Jahr werden mehr als 8'000 Gebäude in der Nichtbauzone erstellt. Neue Bauwerke fressen sich ins Land. Der Umbau von Ställen zu Ferienhäusern und Ökonomiegebäude zu Mehrfamilienhäusern gefährdet den Bauernstand. Als Immobilienbesitzer lässt sich einfacher Geld verdienen als mit der Landwirtschaft. Der Druck der Initiative löste beim RPG2 ein Umdenken aus. So konnte ein recht gutes Gesetz verabschiedet werden. Die Landschaftsinitiative wurde im Parlament nur noch kurz beraten. Denn sie wird zurückgezogen, wenn das Referendum zum RPG2 nicht ergriffen wird. Über den Rückzug freuen sich nicht alle. Im neuen Gesetz sind wieder viele Ausnahmen und Schlupflöcher verpackt. Die Umsetzung muss kritisch begleitet werden, insbesondere mit Bundesrat Rösti als Amtsvorsteher.

Wenig ambitioniertes CO2-Gesetz mit Ablasshandel

Zweck des revidierten CO2-Gesetzes ist die Umsetzung der Klimaschutzmassnahmen. Anreize und Fördermittel werden gestärkt, die Bevölkerung soll nicht mit höheren Abgaben belastet werden. Das Gesetz kam ohne jeden Biss aus dem Ständerat. Im Nationalrat konnten wir es deutlich verbessern. Nur noch ein Viertel der CO2-Reduktion darf im Ausland angerechnet werden. Damit wird der teure Ablasshandel eingeschränkt, der keine strukturelle Wirkung in der Schweiz zeigt. Auch bei der Mobilität haben wir viel erreicht, indem die Emissionswerte der Neuwagenflotte den EU-Standards angepasst werden und auch Zielwert für Lastwagen gelten. Dass die Flugticketabgabe keine Chance hat, war zu erwarten. Hingegen ist die Ablehnung der Abgabe für Privatjets unverständlich. Das CO2-Gesetz ist kein grosser Wurf, trotzdem enthält es wichtige Anpassungen. Nicht einmal die SVP will das Referendum ergreifen. und kann jetzt schnell in Kraft gesetzt werden.